

Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit 05.01.2026



Betroffene von vier faschistisch-terroristischen Anschlägen klagen Thüringer Polizei und Innenministerium an

Mitte 2024 kam es in Thüringen zu vier Anschlägen auf Mitglieder und Landtagskandidaten der MLPD. Alle sind auch langjährige Gewerkschaftsmitglieder. An ihren PKWs wurden Radmuttern gelockert, was schwere Unfälle mit potentiell tödlichem Ausgang provozierte. Dies hat einen faschistisch-terroristischen Charakter und ist in dieser Häufung und in ihrem engem zeitlichen Zusammenhang bundesweit einmalig. Es war nur der Aufmerksamkeit der Betroffenen zu verdanken, dass sie während der Fahrt auftretende Anzeichen für eine Manipulation an den Rädern bemerkten. Alle Betroffenen erstatteten Anzeige und dokumentierten nicht nur den strafrechtlichen Charakter dieser Manipulation, sondern auch den offensichtlichen politischen Zusammenhang.

In keinem dieser Fälle wurde von den Kriminalinspektionen Gera und Saalfeld ein sofortiger Zeugenaufruf, verbunden mit einer Pressemitteilung, veröffentlicht. Das ist ansonsten auch bei geringfügigeren Anlässen ein Standard polizeilicher Ermittlungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Zufall? Die Lokalredaktion der Ostthüringer Zeitung in Gera stellte schon kurz nach dem ersten Anschlag kritische Fragen zur Ermittlungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei. Der von der Kriminalinspektion Gera zuständige Beamte meinte *„Es können ja auch Linke gewesen sein.“* Trotz der offensichtlichen politischen Zusammenhänge dieser Anschläge meinte die Staatsanwaltschaft Meiningen allen Ernstes: *„Ebenso könnte das Zurücklegen von nicht unerheblichen Distanzen und kurvenreichen Strecken durch den Thüringer Wald ursächlich sein.“* Tatsächlich ist nachgewiesen und dokumentiert, dass es sich um einen Anschlag handelte. Dies ergibt sich auch aus dem zeitlichen und örtlichen Zusammenhang der verschiedenen Anschläge. Darauf wurde sogar gegenüber der Polizei in Saalfeld ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Die vollständige Akteneinsicht durch die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei „Meister & Partner“ ergab, dass es in allen vier Fällen trotz konkreter Hinweise auf das erkennbare Täterumfeld und Ermittlungsmöglichkeiten, keine ernsthafte Ermittlungstätigkeit der Polizei gab, was zusammen mit den fehlenden sofortigen Zeugenaufrufen den Charakter einer rechtswidrigen Strafvereitelung hat. Das Thüringer Innen- und Justizministerium sind nach der Strafprozessordnung verpflichtet einzuschreiten, *„um die Verdunkelung einer Straftat zu verhüten, (wenn) zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen“*. Das ist in diesen Fällen offenbar der Fall! Die Betroffenen haben deshalb am 6.11.25 eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Thüringer Innenministerium und danach auch beim Justizministerium eingereicht.

MLPD

Member of ICOR

Landesverband Thüringen

Riethstraße 1A
99089 Erfurt

TELEFON

0361 2300 3330

E-MAIL

thueringen@mlpd.de

WEB

www.mlpd.de

Landesvorsitzender

Tassilo Timm

Bis heute verweigert das Justizministerium, trotz zweimaliger Aufforderung eine Empfangsbestätigung. Die Antwort des Innenministeriums vom 3.12. bringt es fertig, auf keinen der aufgezeigten konkreten Tatsachen und den politischen Zusammenhang einzugehen und behauptet, dass es keine „Hinweise auf eine Verharmlosung durch die Strafverfolgungsbehörden“ und politisch begründete „Ungleichbehandlung“ aufgrund des sozialistischen Charakters der MLPD und ihrer Mitglieder gäbe. Nicht nur die Ermittlungsuntätigkeit der Kriminalinspektionen Gera und Saalfeld und die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Meiningen, sondern auch das Antwortschreiben des Thüringer Innenministeriums auf die Dienstaufsichtsbeschwerde ist ein politischer Skandal ersten Ranges!

Die Delegiertenkonferenz der IG-Metall Ostthüringen hatte schon am 13.9.24 eine Solidaritätserklärung mit den Betroffenen beschlossen und den DGB aufgefordert sich für eine ernsthafte Ermittlungstätigkeit der Polizei einzusetzen. Am 10.12.25 hat die Delegiertenkonferenz Gera-Altenburg-Greiz eine Erklärung verabschiedet, in der sie die Forderung nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen und die Prüfung der Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses unterstützt. Inzwischen haben auch einzelne lokal und bundesweit verbreitete Zeitungen über diese Vorgänge berichtet.

Die Betroffenen und die Rechtsanwaltskanzlei „Meister & Partner“ fordern das Thüringer Innenministerium in einem Schreiben vom 05.01.2026 auf, seine Verharmlosung der faschistisch-terroristischen Anschläge und seine bisher fehlende Bereitschaft, sich mit den konkreten Tatsachen auseinander zu setzen, zu überprüfen. Aufgrund der offensichtlichen politischen Brisanz der Anschläge und deren Verharmlosung durch Teile der Thüringer Polizei und das Innenministerium, fügen wir unserer Presseerklärung sowohl die Dokumentation der Vorgänge, als auch den Schriftwechsel zwischen den Betroffenen und dem Thüringer Innenministerium zur Kenntnis bei. Für Fragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Pressesprecher der Betroffenen Dieter Ilius (gera@mlpd.de)